

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger** der Stadt Burgdorf am **27.11.2008** Frauen- und Mütterzentrum, Wallgartenstraße 33/34, 31303 Burgdorf

16.WP/SozA/005

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:30 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Morich, Hans-Dieter

stellv. Vorsitzende

Rück, Stefanie

Mitglied/Mitglieder

Gilke, Anette

Heldt, Gabriele

Lüddecke, Dieter

- für Frau Wunn -

Obst, Wolfgang

Walter, Klaus-Dieter

Weber, Ulrike

Weilert-Penk, Christa

Beratende/s Mitglied/er

Bindseil, Helga

Ehlers, Elsbeth

Hoffmann-Pilgrim,

Christel

Moser-Schlicht, Brigitte

Mrowka, Gertrud

Schulze, P. Michael

Verwaltung

Baxmann, Alfred

Borrmann, Thomas

Brinkmann, Jan-

Hinrich

Kindler, Thies

Pape, Petra

Philipps, Lutz

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger am 05.06.2008
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Bericht über die Behindertenfahrt 2008
5. Bericht über die Seniorenfahrt 2008
- 5.1. Nutzung der Begegnungsstätte Herbstfreuden
- Bericht des Seniorenrates mit anschließender Aussprache .
6. Entwurf Haushaltsplan 2009
Vorlage: 2008 0421
7. Weihnachtsbeihilfe für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII;
Antrag Das Linksbündnis vom 17.09.2008
Vorlage: 2008 0425
8. Anfragen lt. Geschäftsordnung
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung.
Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.
Die Tagesordnung wurde in der dieser Niederschrift vorangestellten Fassung beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger am 05.06.2008

Die Niederschrift wurde mit einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Brinkmann stellte anhand von Folien das Arbeitspapier der Stadt

Burgdorf für integrierte Wohn- und Versorgungskonzepte (Burgdorfer Modell) vor.

Frau Weilert-Penk fragte nach, inwieweit schon Gespräche mit der Südheide über die Veränderungen stattgefunden hätten.

Herr Brinkmann erläuterte, dass demnächst mit der Südheide Gespräche geführt werden würden.

Herr Lüddecke fragte nach, ob sich die Finanzierung für die Region Hannover rechnen und wie die Kosten des Hausnotrufes finanziert werden würden.

Herr Brinkmann äußerte, dass in den Wohnanlagen viele Menschen eine Pflegestufe erhalten würden. Ein Anbieter würde die nächtliche Rufbereitschaft durch den Hausnotruf bereitstellen. Wenn etwa 90 % der Seniorinnen und Senioren diesen Pflegedienst, der den Notruf bereitstellt, nutzen würden, wäre dieser nach Rechnung der Ostland kostenlos. Weiteres müsste mit den jeweiligen Anbietern besprochen werden.

Herr Obst sagte dazu, dass das Burgdorfer Modell erst am Anfang stehen würde.

Er fragte nach, wie es mit der Versorgung des nord-östlichen Bereichs aussehe, da in dem Entwurf dieser Bereich nicht mit eingezeichnet sei. Vielleicht könne man in diesem Bereich, da dort auch viele ältere Menschen wohnen, eine Zusammenarbeit mit den dort ansässigen Pflegeheimen durchführen, wie z.B. offenen Mittagstisch oder die Betreuung. Es sei nicht immer notwendig, gleich bauliche Maßnahmen durchzuführen.

Frau Mrowka äußerte, dass es bereits einen offenen Mittagstisch im Seniorenpflegeheim Helenenhof gebe und man hier auch mit anderen Pflegeheimen sprechen könne.

Herr Brinkmann fragte, ob er den Entwurf bei der Region Hannover einreichen könne.

Der Ausschuss äußerte keine Bedenken.

4. Bericht über die Behindertenfahrt 2008

Herr Borrmann berichtete über die Behindertenfahrt vom 09.07.2008. Sie führte nach Nienburg/Weser. Im Hotel "Weserschlosschen" wurden Kaffee und Kuchen gereicht.

Zum Abschluss erfolgte ein Abendessen für die Teilnehmer in der Seniorenbegegnungsstätte "Herbstfreuden".

An der Fahrt haben insges. 65 Personen (davon 18 Rollstuhlfahrer und 10 mit einem Rollator) einschl. ihrer Begleitpersonen (17) teilgenommen. Die Kosten für die Fahrt beliefen sich für die Stadt Burgdorf auf 1.457,55 €. Die Kosten für die DRK-Fahrzeuge zum Abholen und nach Hause bringen der Teilnehmer sowie die Bewirtung in der Begegnungsstätte würden vom DRK getragen.

Herr Borrmann bedankte sich bei Frau Bindseil und beim DRK für die wiederum gute Organisation und Durchführung der Behindertenfahrt.

Frau Bindseil äußerte, dass für die Fahrt viele Helfer benötigt werden und dass über 100 Personen an der Organisation und Ausübung der Fahrt beteiligt seien. Man habe aber niemals Schwierigkeiten, genügend Helfer dafür zu finden.

Der Termin für die nächste Behindertenfahrt ist Mittwoch, der 05.08.2009.

5. **Bericht über die Seniorenfahrt 2008**

Die Seniorenfahrten fanden am 26.08. und 28.08.2008 zum Kloster Wienhausen statt.

Herr Borrmann berichtete, dass an den Fahrten insges. 158 Seniorinnen und Senioren (74 am 26.08. und 84 am 28.08.2008 – davon 28 aus Ramlingen-Ehlershausen –) teilgenommen hätten.

Abzüglich der eingenommenen Teilnehmer-Beiträge von 8,00 €/Person sind für die Stadt Burgdorf Kosten in Höhe von 826,50 € entstanden.

5.1. **Nutzung der Begegnungsstätte Herbstfreuden - Bericht des Seniorenrates mit anschließender Aussprache .**

Herr Ethner vom Seniorenrat regte an, die Nutzung der Begegnungsstätte Herbstfreuden auf eine breite Basis zu stellen. Dies solle keine Forderung sein, sondern nur ein Denkanstoß.

Frau Weilert-Penk fragte nach, was man sich aus Sicht des Seniorenrates vorstelle.

Herr Ethner gab an, der Seniorenrat stelle sich eine Mehrfachnutzung der Seniorenbegegnungsstätte auch durch andere Vereine und Verbände vor. Er betonte nochmals, dass es sich nicht um eine Forderung, sondern lediglich um eine Anregung des Seniorenrates handeln würde.

Herr Obst merkte an, dass das, was Herr Ethner vorgetragen habe, ein bisschen wenig sei. Die Einrichtung einer Verwaltungsnebenstelle wäre aus seiner Sicht unsinnig, da das Bürgerbüro in kurzer räumlicher Entfernung liege. Des Weiteren müsse zunächst geklärt werden, wie die jetzige Belegung und Nutzung der Begegnungsstätte Herbstfreuden erfolge.

Herr Ethner äußerte, dass die Begegnungsstätte nach Vorstellung des Seniorenrates zu einer Einrichtung "Bürger für Bürger" werden könnte.

Herr Schulze gab zu bedenken, dass das Haus nicht gerade groß sei. Das Mehrgenerationenhaus von der Stadt Burgwedel habe im Vergleich hierzu wesentlich mehr Räume. Er regte an, vorher abzuklären, ob es überhaupt einen Bedarf dafür gebe.

Herr Ethner meinte, der Seniorenrat habe die Vision eines Mehrgenerationenhauses. Hierfür seien jedoch keine Mittel vorhanden und die einzige Möglichkeit wäre die Begegnungsstätte Herbstfreuden. Der Seniorenrat habe außerdem Interesse an einem neuen Büroraum, da der derzeitige im Rathaus I zu klein sei.

Frau Heldt hielt die Idee, das Haus durch mehrere Gruppen zu nutzen, für gut; sie kenne jedoch nicht die derzeitige Belegung/Auslastung der Begegnungsstätte Herbstfreuden.

Frau Hoffmann-Pilgrim äußerte, dass erst ein Gedankenaustausch hätte erfolgen sollen. Sie vertrat die Auffassung, dass sich die relevanten Personen/Gruppen zusammensetzen sollen. Die Begegnungsstätte Herbstfreuden werde auch von der AWO genutzt. Da die AWO einen ihr zugeteilten Vormittag nicht nutze, könnte dieser dem Seniorenrat zur Verfügung gestellt werden.

Frau Ehlers meinte, dass der Sozialverband die Räume nicht nutze, da man nicht allein im Raum sei und sie die Küche nicht benutzen dürften.

Herr Walter sagte, dass sich der Seniorenrat erst einmal mit den anderen Verbänden zusammensetzen und das Ergebnis dann dem Sozialausschuss mitteilen solle.

Frau Bindseil äußerte, dass sie sehr überrascht gewesen sei über das Schreiben des Seniorenrates. Vor 28 Jahren sei dem DRK die offizielle Trägerschaft übertragen worden. Das DRK erhalte einen mtl. Zuschuss in Höhe von 350,00 €. Neuanschaffungen und Schönheitsreparaturen wurden vom DRK in Eigenregie durchgeführt. Die Begegnungsstätte werde ohne Hilfe der Stadt wöchentlich gereinigt und mache immer einen ordentlichen Eindruck. Das DRK sei sehr sparsam und habe sogar Überschüsse erwirtschaftet. Zu den Öffnungszeiten äußerte sie, dass mittwochs, samstags und sonntags die Begegnungsstätte geschlossen sei. Neutralität sein ein wichtiger Grundsatz des DRK. Es werde ein umfassendes Programm angeboten. Der Seniorenrat hätte sich erst einmal informieren müssen. Ihrer Meinung nach werde durch die Anregung des Seniorenrates der Eindruck erweckt, bei der Begegnungsstätte Herbstfreuden handele es sich um ein Rot-Kreuz-Heim. Dies sei aber keineswegs der Fall; die Angebote seien zwar im Sinne des DRK, bieten aber die Möglichkeit zur offenen Begegnung.

Herr Ethner entgegnete, dass man die Verdienste von Frau Bindseil in keiner Weise schmälern wolle.

Frau Bindseil betonte, dass sich 28 Jahre nicht einfach vom Tisch wischen lassen. Sie habe sich sehr über die in dem Schreiben enthaltene Aussage geärgert, dass die Neutralität nicht gewahrt sei. Das DRK werde im Falle einer Nutzungsänderung "keinen Strich" mehr machen. Es sei eine Missbilligung ihrer ehrenamtlichen Arbeit, die sie selbst aufgebaut habe und sie würde, ebenso wie das DRK, sofort mit ihrer Arbeit Schluss machen.

Herr Obst meinte, dass man sich erst einmal zusammensetzen solle.

Frau Bindseil bestand auf Erfüllung des Vertrages, ohne dass die Nutzungsordnung geändert werde.

Frau Weilert-Penk äußerte, dass die Position des DRK durch Frau Bindseil klar gemacht wurde und regte an, zumindest gemeinsam zu überlegen, ob und ggf. wann und wo etwas verändert werden sollte.

Frau Bindseil sagte abschließend, dass die Räumlichkeiten für ein Mehrgenerationenhaus nicht geeignet seien und dies auch zu Ängsten der Seniorinnen und Senioren führen würde, die derzeit die Begegnungsstätte nutzen.

6. Entwurf Haushaltsplan 2009 Vorlage: 2008 0421

Herr Borrmann erläuterte den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und die ausländischen Mitbürger die den Sozialbereich betreffenden Ansätze des Haushalts.

Herr Obst fragte zum Unterabschnitt 43600 (Soziale Einrichtungen für Aus-siedler und Ausländer), warum bei den Dienstbezügen und dergleichen der tariflich Beschäftigten der Haushaltsansatz von 700,00 € im Jahr 2008 auf 6.100,00 € im Jahr 2009 gestiegen sei.

Herr Borrmann erläuterte, dass sich hier die Personalkosten für den Hausmeister verschoben haben, da im Jahr 2008 der Hausmeister aus dem Obdach zusätzliche Stunden für das Flüchtlingswohnheim erhalten habe und diese 2008 noch nicht dem Unterabschnitt 43600 zugeordnet gewesen seien.

Frau Pape nahm zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 4, Unterabschnitte 49700 und 49800, gesondert Stellung.

Zu der Umlage der Frauenberatungsstelle in Höhe von 3.700,00 € teilte sie mit, dass das Angebot sehr gut angenommen werde. Die Region Hannover habe ihren Zuschuss zu der Umlage erhöht, indem sie die Kosten für eine Stundenerhöhung übernehme.

Die laufenden Kosten für die Stadt Burgdorf werden lt. Kostenplan der AWO für das kommende Jahr 3.607,73 € betragen. Die leichte Steigerung zum Vorjahr ergebe sich durch die Tarifierhöhungen.

Bei den Aufwendungen für Präventionsaufgaben seien für Miete, Nebenkosten und Versicherungen für den Frauentreff am Ostlandring 3.300,00 € angesetzt worden. Der Honorarkostenzuschuss für den Nachbarschaftstreff werde 6.500,00 € betragen.

Der Ansatz für das Frauennachttaxi betrage weiterhin 2.500,00 €. Die Abrechnungen im laufenden Jahr werden sich auf durchschnittlich ca. 200,00 € pro Monat belaufen. Daher werde im nächsten Jahr von der gleichen Summe ausgegangen.

Herr Borrmann teilte zum Unterabschnitt 49800 mit, dass der Ansatz bei dem Zuschuss für das Frauen- und Mütterzentrum auf 4.000,00 € erhöht wurde, da ein entsprechender Erhöhungsantrag wegen erheblicher Mehraufwendungen vorliege. Er bat um eine Empfehlung, ob dem Ansatz in der im Entwurf des Haushaltsplanes 2009 veranschlagten Höhe zugestimmt werde.

Frau Weilert-Penk äußerte, dass derzeit 30 kleine Kinder im Mütterzentrum betreut werden und der Zuschuss notwendig sei.

Herr Lüddecke fragte nach, wie sich der Antrag begründen würde.

Herr Philipps sagte dazu, dass das Frauen- und Mütterzentrum die erweiterten Räumlichkeiten nutzen wolle, um eine neue Zielgruppe (alleinstehende Frauen 50+) in das Zentrum zu integrieren.

Herr Obst stellte die Frage, wofür genau ein höherer Zuschuss gebraucht werde.

Herr Philipps erklärte, dass der vorgelegte 'Finanzplan' Ausgabensteigerungen insbesondere bei den Positionen 'Miete', 'Sachkosten', 'Ausstattung', 'Aufwandsentschädigungen' und 'Personalkosten' ausweise.

Herr Morich ließ darüber abstimmen, ob der Ansatz so belassen werden könne.

Der Ausschuss stimmte diesem mit einer Enthaltung zu.

**7. Weihnachtsbeihilfe für Leistungsempfänger nach SGB II und SGB XII;
Antrag Das Linksbündnis vom 17.09.2008
Vorlage: 2008 0425**

Herr Fleischmann nahm Stellung zu seinem Antrag auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe und äußerte, dass der Regelsatz von 351,00 € für Arbeitslosengeld II- bzw. Sozialhilfeempfänger nicht zum Leben ausreichen würde. Er halte eine Weihnachtsbeihilfe für Burgdorfer Leistungsempfänger wie nach dem alten Bundessozialhilfegesetz für sinnvoll, da für viele Menschen ansonsten Weihnachten "flachfallen" würde. Im Vergleich zu den Millionen, die in die Entwicklung des Gewerbegebietes Nord-West gesteckt würden, sei ein Betrag von 80,00 € pro Leistungsempfänger und ein Gesamtbetrag von 70.000 € nur "Peanuts". Statt Millionen in die Wirtschaftsförderung zu stecken, stünde der Stadt ein Geschenk für Bedürftige "gut zu Gesicht".

Frau Weilert-Penk äußerte, dass sich die SPD-Fraktion bereits intensiv mit diesem Thema beschäftigt habe. Es wurde bereits eine Resolution für die Anhebung der Regelsätze vom Rat verabschiedet. Es sei keinesfalls richtig, dass nur etliche Millionen in den Nord-West-Bereich gesteckt und bedürftige Bürger nicht genug unterstützt würden.

70.000 € seien entgegen der Aussage von Herrn Fleischmann keine Peanuts. Es gebe bereits ein Schulstarterprojekt, das gezielt bedürftigen Kinder zugute komme. Der andere Punkt sei der defizitäre Haushalt der Stadt Burgdorf. Die Kommunen könnten nicht das finanzieren, was das Land bzw. der Bund hätten tun müssen.

Dem Antrag würde durch die SPD-Fraktion nicht zugestimmt werden.

Herr Obst verwies ebenfalls auf den defizitären Haushalt der Stadt Burgdorf und meinte, dass man nicht über Kredite Almosen verteilen könne. Ziel sei es, Arbeit für Menschen vor Ort zu schaffen. Es wurde bereits eine gemeinsame Resolution für die Anhebung der Regelleistungen verfasst. Der Antrag würde durch die CDU-Fraktion abgelehnt werden.

Herr Lüdecke meinte, dass hier die Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden müsse. Der Kämmerer könne nur ausgeben, was er auch einnehme. Die Stadt Lehrte hätte ca. 16,5 Millionen Euro Einnahmen aus der Gewerbesteuer; dies sei das Vierfache von Burgdorf.

1. Man müsse investieren, um zu erreichen, dass sich hier solide Firmen ansiedeln.

2. Es gebe bereits Institutionen, wie z.B. die Kirche, die Tafel usw., die die Bedürftigen unterstützen.
3. Die Zuständigkeit liege hier beim Bund bzw. Land. Die Kommunen könnten den Ausgleich nicht schaffen.

Herr Fleischmann äußerte, dass die ALG II-Empfänger nicht von der Wirtschaftsförderung profitieren würden.

Hier könne die Stadt Burgdorf zeigen, dass sie auch für alle Leute da sei.

Herr Morich ließ über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

8. **Anfragen lt. Geschäftsordnung**

- keine -

9. **Anregungen an die Verwaltung**

- keine -

Einwohnerfragestunde

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführer